

Pressekonferenz, 15. August 2018

INSM-Bildungsmonitor 2018

Statement

Hubertus Pellengahr
Geschäftsführer
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in den meisten Bundesländern hat das neue Schuljahr bereits angefangen. Aber nicht nur dort fragen sich viele: was ist gute Bildungspolitik? Um es gleich zu sagen: ich weiß es auch nicht. Vermutlich weiß es niemand. Das liegt schlicht daran, dass es nicht eine Bildungspolitik gibt, die überall gleich gut ist. Was in einem ländlichen Kreis in Bayern gut funktioniert, muss in einem Ballungsraum in Nordrhein-Westfalen nicht zwangsläufig zu ähnlichen Ergebnissen führen. Das Schöne an unserem Bildungsföderalismus ist ja, dass unterschiedliche Konzepte verfolgt werden können. Aber wie auch in der Schule, in der Ausbildung, im Studium und im Beruf gilt: am Ende müssen die Ergebnisse stimmen. Aus unserer Sicht heißt das: wie gut schaffen es die Bildungssysteme der Länder, den Nachwuchs an Fachkräften zu qualifizieren. Um das zu überprüfen, veröffentlichen wir dieses Jahr den 15. INSM-Bildungsmonitor. Mit wieder einmal erstaunlichen und beachtenswerten Ergebnissen, die Ihnen gleich Prof. Plünnecke im Detail erläutern wird.

Fangen wir mit einer guten Nachricht an:

Berlin ist zum ersten Mal seit zehn Jahren nicht mehr auf dem letzten Platz. Bei der Forschungsorientierung belegen Berliner Unis einen Spitzenplatz, auch die Betreuungsbedingungen sind hervorragend und viele Kinder der Bundeshauptstadt gehen in eine Ganztagschule. Aber ein Problem bleibt die nach wie vor viel zu hohe Zahl an Schulabbrechern. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lesekompetenz ist hoch. Das widerspricht dem Ziel der Chancengerechtigkeit. Dennoch hat es Berlin geschafft, sich im Gesamtergebnis gegenüber dem Vorjahr zu verbessern. Das ist keine Selbstverständlichkeit, leider. Und damit sind wir auch schon bei den schlechten Nachrichten.

Neben Berlin hat sich nämlich unterm Strich nur Schleswig-Holstein steigern können. Alle anderen 14 Bundesländer haben sich im Vergleich zum Bildungsmonitor 2017 verschlechtert. Das ist ein dramatisches Zeichen. Leider kommt es nicht ganz überraschend. Schon in den Vorjahren waren die Fortschritte immer kleiner geworden. Genauer erläutern Ihnen gleich Prof. Plünnecke. Ich will an dieser Stelle aber die Forderung der INSM nach einem neuen Bildungsaufbruch unterstreichen. Der demografische Wandel und die Digitalisierung stellen die Wirtschaft in Deutschland vor große Herausforderungen. Der erstmals im Bildungsmonitor beobachtete Rückschritt bereitet Sorge. Die Schulabbrecherquote und die Risikogruppen in Vergleichstests zu den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler nehmen zu, die Bildungsarmut steigt. Hinzu kommt die Integration von Migranten – sowohl von Migranten aus der EU als auch von Flüchtlingen. Ein „weiter so“ darf es nicht geben.

Die Ergebnisse des INSM-Bildungsmonitors zeigen, dass die bestehenden Systeme und Strukturen den gestiegenen Herausforderungen nicht gewachsen sind. Hier bedarf es größerer, auch finanzieller Anstrengungen. Das nötige Geld haben Bund und Länder in ihren Haushalten – sie geben es nur leider nicht für Wachstums- und Investitionsprojekte aus. Bei einer vernünftigen Rentenpolitik müssten nicht zusätzliche Steuermilliarden in die Rentenkasse gesteckt werden, sondern das Geld könnte für bessere Ausstattungen der Schulen, gezielte Lehrerfortbildungen und nicht zuletzt funktionierende Computer und Internetanschlüsse ausgegeben werden.

Dem Thema „**Bildung und Digitalisierung**“ haben die Forscher des IW ein ganzes Kapitel gewidmet. Damit werden wir es nicht bewenden lassen. Künftig werden wir jedes Jahr checken, welche Fortschritte die Länder bei der technischen und inhaltlichen Vorbereitung auf das Digitalisierungszeitalter machen. Das Ergebnis der ersten Untersuchung zeigt, dass Bayern und Baden-Württemberg hier die Nase vorn haben, während vor allem der Osten und Norden sich deutlich mehr anstrengen müssen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland bei der Computernutzung an Schulen, bei den IT-Kompetenzen der Schüler und bei der Forschung Nachholbedarf hat. Wir brauchen eine bessere Ausstattung der Schulen, mehr Lehrerfortbildung, mehr Austausch über innovative digitale Lehr- und Lernkonzepte und vor allem eine regelmäßige Überprüfung digitaler Kompetenzen der Schüler und ihrer Lehrer. Hier ist auch der Bund gefordert, nicht nur als Geldgeber, sondern vor allem als kreativer Antreiber.

Und noch etwas anderes verdeutlicht der Blick auf internationale Schülervergleichsstudien: Eigenverantwortung verbessert die Bildung. Im internationalen Vergleich schnitten die Länder besonders gut ab, die Standards definieren, diese in Vergleichsarbeiten überprüfen, ihren Schulen und den Schulleitern vergleichsweise viel Autonomie gewähren und die Kompetenzen dort konzentrieren, wo die eigentliche Bildungsarbeit geleistet wird: in den Schulen. Wer ermutigende Beispiele in Deutschland sucht, wird in Hamburg fündig. Die Freie und Hansestadt hat in den vergangenen Jahren ihre Bildungspolitik an den Prinzipien Hinschauen, Messen, Handeln orientiert. In Hamburg setzt man stärker als anderswo auf Vergleichsarbeiten. Im Schnitt schreiben Hamburger Kinder rund dreimal so viele Vergleichsarbeiten, wie Schülerinnen und Schüler in andern Bundesländern. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind dann die Grundlage für vertiefende Analysen und vor allem Handlungsempfehlungen. Es entsteht ein Ideenwettbewerb, bei dem alle lernen. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Hamburg hat innerhalb weniger Jahre geschafft, was manche schon als „Hamburger Bildungswunder“ bezeichnen. Im Dynamikranking des INSM-Bildungsmonitors steht Hamburg auf dem 2. Platz hinter dem Saarland.